Nushası 5 Krustur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık Türk lirası 1.50	R. M. 5.—
Üç aylık " " 4.25	" 13.—
Altı aylık " " 8.—	" 25.—
Bir senelik " " 15.—	" 50.—

yahtu mükabili.

İdarehane

Tekke Cadesi No. 585 ve 587.

Telegraf adresi: Türkpost.

Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.

Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krus

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat T. Pfd.	1.50	R. M. 5.—
" 3 Monate "	4.25	" 13.—
" 6 Monate "	8.—	" 25.—
" 12 Monate "	15.—	" 50.—

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke-Strasse Nr. 585-587.

Drahtanschr.: Türkpost.

Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.

Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 359 Tageszeitung für den Nahen Osten

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptst. Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Stambul, Mittwoch, 31 Dez. 1930

Was wird aus dem Gaskriegsverbot?

Die vorbereitende Abrüstungskommission in Genf hat sich, wie erinnerlich eingehend mit den Fragen des Luft- und Gaskrieges beschäftigt. Auf die Ergebnisse dieser Verhandlungen macht der „Deutsche Luftschutz“ nochmals besonders aufmerksam. Sie haben klar und eindeutig gezeigt, daß alle bisher getroffenen internationalen Vereinbarungen zur Einschränkung des Luftkrieges und insbesondere des aero-chemischen Krieges bedeutungslos sind.

Die Kommission konnte sich über die Auslegung des 1925 beschlossenen Genfer Gaskriegsverbotes nicht einig werden. Die Vertreter der Vereinigten Staaten, erklärten, daß kein Staat auf die chemische Waffe verzichten könne. Diese neue Waffe werde bereits im Frieden von der Polizei zahlreicher Länder als Mittel zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung verwendet. Es sei nicht einzusehen, warum chemische Stoffe nicht auch bei der Bekämpfung eines äußeren Gegners angewendet werden sollten, zumal die chemische Waffe in ihrer Wirkung meist weit humaner als andere Waffen sei.

Der Vertreter Englands, Lord Cecil, konnte nicht leugnen, dass der englische Kriegsminister Shaw vor kurzem auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt habe, daß England keine Veranlassung habe, die zur Erforschung der chemischen Kampfmittel eingeleiteten Versuche einzustellen. Zu der Behauptung, daß England Versuche mit einem neuen Kampfstoffe anstelle, von welchem die englischen Militärs eine besondere Wirkung erwarten, nahm er keine Stellung.

Auf die wiederholten Einwendungen des deutschen Vertreters, Graf Bernstorff, das bestehende Gaskriegsverbot nicht abzuschwächen, erwiderte namens der Kommission der Grieche Politis als ihr Vorsitzender, daß es nicht Aufgabe der Abrüstungskommission sei, den Krieg zu humanisieren. Die vorbereitende Abrüstungskommission beschloß, entgegen den deutschen Anträgen, die Frage der Gaskriegführung nicht mehr zu behandeln und sie in die der endgültigen Abrüstungskommission zu unterbreitenden Vorschläge überhaupt nicht aufzunehmen.

Die von Deutschland immer wieder unternommenen Versuche, die Anwendung der chemischen Waffe durch internationale Verträge zu verbieten, sind erfolglos geblieben. Deutschland hat die Pflicht, die täglich größer werdenden chemischen Rüstungen der Militärstaaten aufmerksam zu verfolgen und alles für den Schutz der deutschen Zivilbevölkerung Notwendige zu tun. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Gasschutzes hat sich in allen übrigen Staaten bereits durchgesetzt. In diesen Ländern sind sich die Vertreter aller politischen Richtungen darüber einig, daß der Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Luftgefahr eine dringende Notwendigkeit ist, daß geeignete Schutzmittel bekannt sind und deren praktische Anwendung durchaus im Rahmen des Möglichen und des wirtschaftlich Tragbaren liegt.

Krise im Ruhrkohlenbergbau.

Berlin, 30. Dezember.

Im Ruhrkohlenbergbau ist von Seiten der Arbeitgeber eine Generalkündigung ausgesprochen worden, und zwar zum 15. Januar. Von der Kündigung werden rund 250 000 Bergarbeiter betroffen. Die Bergarbeiterverbände haben beschlossen, keinen Tarif mit geringeren Lohnsätzen anzunehmen.

Bergbaukrise auch in England.

London, 30. Dezember.

Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Bergbau- und Kohlenbergbau sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Bergarbeiter werden daraufhin voraussichtlich am 2. Januar in den Streik treten.

Deutsch-österreichischer Handelsvertrag.

Wien, 30. Dezember.

Der Bundesrat billigte in seiner heutigen Sitzung den Handelsvertrag mit Deutschland.

Saradschoglu Schükrü Bej.

Nach Gerüchten aus Ankara soll der frühere Finanzminister Saradschoglu Schükrü Bej zum Botschafter in Warschau ernannt werden.

Aus der türkischen Presse.

Yakup Kadri Bej schreibt in der „Attila“ über den in Menemen ermordeten Lehrer Kubilay Bej, dass die osmanische Geschichte reich an solchen Opfern sei, dass es aber noch nie der Fall gewesen wäre, dass ein fortschrittlich denkender revolutionärer Mann wie Kubilay auf diese Art und Weise in einer Zeit ermordet wurde, in der das von ihm verteidigte Regime, die Republik, die Regierungsgewalt in der Hand hatte, und dies unter den Augen einer zahlreichen Menge, die dem furchtbaren Schauspiel desinteressiert oder mit Genuß zuschaut. Der Zwischenfall müsse gerade aus diesem Gesichtspunkte heraus untersucht werden, weil es sich gezeigt habe, dass die Umgebung, in der diese Tat geschehen konnte, nicht für die Republikaner, sondern für die Reaktionäre dieses Schlanges günstige Bedingungen in sich birge.

In der „Cumhuriyet“ schreibt Jusus Nadi Bej, dass in Anbetracht der Mordtat von Menemen die Aufstellung eines Gesetzes zum Schutze der Republik sich als unbedingt notwendig erweise, weil diejenigen, die ihre Interessen durch das republikanische Regime vernachlässigt fühlen, nicht davon ablassen würden, bei jeder Gelegenheit von ihrer feindlichen Einstellung gegenüber der Republik Gebrauch zu machen.

In Vakit richtet Universitätsprofessor Halil Nimetullah Bej an die Jugend eindringliche Worte über ihre großen Pflichten und sagt, dass das große Werk, das der Gasi ihnen anvertraut habe, nur durch den heiligen Krieg der ganzen Jugend gegen alles Fortschrittfeindliche erhalten bleiben und gedeihen könne.

Die Leiden der Westukraine.

London, 29. Dezember.

In einem liberalen Blatt veröffentlicht eine Engländerin einen Bericht aus der Westukraine, die sie im Auftrage der Genfer Frauenliga des Völkerbundes zwecks Prüfung der Gerüchte über polnische Gewalttätigkeiten bereist hat. In dem Bericht wird unter anderem gesagt, dass etwa 600 ukrainische Dörfer von polnischem Militär überfallen und Hunderte von Bewohnern ausgepeitscht und misshandelt worden seien. Die Berichterstatterin fordert die englische Regierung auf, sich der unterdrückten Ukrainer in Polen ebenso anzunehmen, wie dies Deutschland mit den Deutschen in Genf entsprechende energische Schritte zu tun.

Die Fünftagewoche im Sowjetstaat.

Moskau, 27. Dezember.

Das Arbeitskommissariat der Sowjetunion hatte verfügt, dass der 1. Januar 1931 als erster Tag der ununterbrochenen Fünftagewoche festzusetzen ist. Ein Teil der Sowjetbehörden, Betriebe usw. hat bekanntlich die Fünftagewoche bereits früher eingeführt.

Aus Birma.

Rangun, 30. Dezember (A.A.)

Im Gebiet von Tharawady wurden die Regierungstruppen zusammengezogen. Die Aufständischen wurden trotz energischer Gegenwehr eingeschlossen.

Hotelbrand in Cochrane.

Ottawa, 30. Dezember (A.A.)

Eine Feuersbrunst zerstörte ein Hotel in Cochrane (Ontario). 10 Personen wurden lebendig verbrannt.

Ein französisches Flugzeug verschollen.

Agadir, 30. Dezember (A.A.)

Das Verkehrsflugzeug von Dakar nach Toulouse, das die Post von Amerika beförderte, ist im Gebiet von Cisneros in der Nacht vom 26. auf 27. Dezember verschollen. An Bord des Flugzeuges befanden sich drei Passagiere, darunter der italienische Konsul von Fes. Die bisherigen Nachforschungen sind ergebnislos gewesen.

Die Untersuchung in der Menemen-Affäre.

Fraktionssitzung der Volkspartei.

Der Innenminister Schükrü Kaja Bej setzt seine Untersuchungen über die Zwischenfälle in Menemen fort. Er begab sich gestern von Smyrna in Begleitung des Wali von Smyrna Kiasim Pascha, und des Armeeeinspektors Fahreddin Pascha abermals nach Menemen, wo er in der Kaserne mit den Offizieren Rücksprache nahm. Im Anschluss daran begab er sich in das Regierungsgebäude und verhörte einige unter Polizeiaufsicht stehende Personen.

Die Jugend von Menemen veranstaltete im Türk Odsak eine Manifestation, in der beschlossen wurde, dass sie nach den Personen, die bei der Ermordung des Unterleutnants und Lehrers Kubilay Bej applaudierten, fahnden wolle. Bis jetzt wurden durch die Jugend von Menemen 15 Personen zur Anzeige gebracht.

Der Militär-Imam Ibrahim ist von Stambul nach Menemen transportiert und von dort nach Manissa geschickt worden.

Gestern fand in der Mädchenschule in Ankara eine Versammlung der Lehrervereinigung statt, in der u. a. beschlossen wurde, zum Andenken an den Tod des Lehrers Kubilay Bej die Stadt Menemen auf den Namen „Kubilay“ umzutauften. Die nötigen Schritte auf diesen Beschluss hin sind unternommen worden. Die Stadtverwaltung von Menemen hat beschlossen, den Tag der Ermordung Kubilay Bej's als Gedenktag zu begehnen. Die Schule Safer in Menemen wurde in Kubilay-Schule umgetauft.

In Ankara trat gestern um 11 Uhr die Fraktion der Volkspartei, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Ismet Pascha zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Vorfälle von Menemen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung verlas Ministerpräsident Ismet Pascha die Berichte über die Zwischenfälle von Menemen und ging dann auf die von der Regierung zu treffenden Massnahmen über. Im Verlauf der Debatte ergriffen zahlreiche Abgeordnete das Wort. Eine Uebereinstimmung über die Massnahmen der Regierung, die darauf hinzielen, dass derartige Zwischenfälle in Zukunft nicht mehr eintreten, wurde erzielt. Die Ab-

geordneten, die für die Wiedereinführung der Freiheitsgerichte eintraten, blieben in der Minderheit. Hauptsächlichlich war Ministerpräsident Ismet Pascha selbst ein Gegner dieser Lösung. Dagegen wurde allgemein das Verhängen eines örtlichen Belagerungszustandes, sowie die Durchbringung eines Gesetzes zum Schutze der Revolution gebilligt. Auch herrschte allgemein der Wunsch, die erforderlichen Massnahmen so schnell wie möglich zu ergreifen und die Schuldigen unverzüglich zu bestrafen.

Die Sitzung wurde nach einer kurzen Pause nachmittags um 3 Uhr fortgesetzt. Von den Beschlüssen dieser Sitzung werden die von der Regierung zu ergreifenden Massnahmen abhängen.

Auf den von dem Abgeordneten Masra Müfit Bej eingebrachten Interpellationsantrag, der von 40 Abgeordneten unterschrieben ist, wird Ministerpräsident Ismet Pascha in der Donnerstags-Sitzung der G.N.V. antworten.

Bei der Untersuchung in Menemen wurde weiter festgestellt, daß in diesem Gebiet von Frauen Unterricht in der arabischen Schrift erteilt wurde und dass die Anhänger der Sekte Nakschibendi in vielen Orten Zusammenkünfte abhielten.

Nach den letzten Untersuchungen ist festgestellt worden, dass Derwisch Mehmet vor einhalb Monaten nach Stambul gefahren war und mit dem Scheich Essad Efendi in Erenköy konferierte. Auch die Flucht des Generalsekretärs Kemal Bej, der in Adana gegründet gewesen Partei „Ahali“ steht im Zusammenhang mit der Affäre Derwisch Mehmet.

Am Tage der Ermordung des Lehrers Kubilay Bej erklärte Derwisch Mehmet: „Der Kalif Abdul Medschid wartet an der Grenze. Gläubiger erhebt Euch! Wir wollen den Glauben retten!“

Die in Stambul verhafteten 8 Personen wurden gestern mit dem Dampfer nach Smyrna transportiert, von wo aus sie nach Menemen gebracht werden. Die 111. Polizeisektion hat Weisung erhalten, keine Pässe nach dem Ausland auszustellen, bis die Untersuchung der Menemen-Affäre vollständig abgeschlossen ist.

Goldtransporte mittels Flugzeug.

Laut einer Mitteilung der Financial News wird die britische Reichs-Luftverkehrsgesellschaft im Sommer die Luftverbindung zwischen Kapstadt und Kairo eröffnen, die voraussichtlich auch für südafrikanische Goldtransporte benutzt werden dürfte. Hiedurch würde die jetzige Lieferfrist um ungefähr neun Tage verkürzt werden, wodurch auch der während der Transportzeit erlittene Zinsverlust erheblich herabgesetzt würde. Diese neue Flugzeuglinie wird London einen Teil des Goldhandels entziehen, da die auswärtigen Goldkäufer ihren Bedarf unmittelbar in Kairo beschaffen können, wodurch das bisherige Vorrecht der Bank von England beeinträchtigt würde, jenen Teil des auf den Londoner Markt gelangenden Goldes, der nach Befriedigung der Bedürfnisse des Handels übrig bleibt, zu einem gewissen Kurse automatisch zu übernehmen. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Schiffahrtsgesellschaften sich nach Tunlichkeit gegen die Konkurrenz des Flugzeugverkehrs schützen werden.

Ein französisches Flugzeug verschollen.

Agadir, 30. Dezember (A.A.)

Das Verkehrsflugzeug von Dakar nach Toulouse, das die Post von Amerika beförderte, ist im Gebiet von Cisneros in der Nacht vom 26. auf 27. Dezember verschollen. An Bord des Flugzeuges befanden sich drei Passagiere, darunter der italienische Konsul von Fes. Die bisherigen Nachforschungen sind ergebnislos gewesen.

Wer kommt nach Warschau?

Berlin, 28. Dezember.

Der Tod des deutschen Gesandten in Warschau Ulrich Rauscher, der in die Zeit einer besonders scharfen deutsch-polnischen Spannung fiel, stellt das auswärtige Amt vor die Notwendigkeit, einen neuen Gesandten auf den Warschauer Posten zu ernennen. In Anbetracht der bevorstehenden Verhandlungen des Völkerbundesrats über die deutschen Beschwerden gegen den polnischen Wahlleiter wird mit der Neubesetzung des Warschauer Gesandtenpostens kaum vor Ende Januar zu rechnen sein. Man will in Berlin die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen abwarten, um sich grundsätzlich über den Kurs der neuen deutschen Außenpolitik zu entscheiden und im Zusammenhang hiermit auch die Wahl des Nachfolgers für Rauscher zu treffen. — Nach einer Korrespondenzmeldung soll für Warschau von einer Kandidatur des Vortragenden Legationsrats von Moltke die Rede sein, der die Dirigentengeschäfte der Ostabteilung im auswärtigen Amt leitet. Da bekanntlich auch die deutsche Gesandtschaft in Lissabon nach dem tragischen Tod des Gesandten v. Baligand verwaist ist und auch die Gesandtschaft des Reichs in Oslo unbesetzt ist, soll dieser Korrespondenzmeldung zufolge mit einer Neubesetzung dieser drei Gesandtschaften und einiger wichtiger Generalkonsulate zu gleicher Zeit zu rechnen sein. Man wird es also mit einem neuen Revirement zu tun haben.

Im Zeichen der Abrüstung.

Livorno, 29. Dez. (A.A.)

Heute fand der Stapellauf des neuen Kreuzers „Gorizia“ statt.

Aus Deutschland.

Der Reichsaussenminister Dr. Curtius zur Kolonialfrage.

Die deutsche Reichsregierung hat in der Kolonialfrage aus innenpolitischen und ausenpolitischen Gründen bisher eine sehr starke Zurückhaltung geübt. Die Kolonialpropaganda wurde ausschließlich durch private Organisationen betrieben. Nur bei besonderen aktuellen Anlässen hat die Reichsregierung sich über Einzelfragen geäußert. Dem englischen Versuch, das ehemalige Deutsch-Ostafrika seines Mandatscharakters zu entkleiden und unmittelbar der englischen Schutzgebietsverwaltung zu unterstellen, ist die Reichsregierung entgegengetreten und hat auch im Reichstag wiederholt die Erklärung abgegeben, dass die Regierung eine tatsächliche Bedrohung des Mandatsystems mit allen Mitteln zu verhindern suchen werde. Nun hat Reichsaussenminister Dr. Curtius den oben neu gewählten Präsidenten der Deutschen Kolonialverbände empfangen. Die Forderung der Kolonialverbände ist die Wahrung der deutschen Ansprüche auf aktive Beteiligung am Mandatsystem. Der deutsche Reichsaussenminister stellte sich in dieser Beziehung auf den Boden der politischen Forderungen seiner Vorgänger und bekannte sich zu der Feststellung Dr. Stresemanns, nach welcher die deutsche Wirtschaft eine Erweiterung ihrer Rohstoffbasis benötigt.

„Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?“

Die „DAZ“ hat an eine kleine Anzahl hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus den verschiedenen Parteien die in der Ueberschrift wiedergegebene Frage gerichtet und veröffentlicht in ihrer Weihnachtsausgabe die Antworten. Das Blatt betont in einer Kopfnote, daß die außerordentliche Bedeutung dieses Problems für die innere und auswärtige Politik der nächsten Zeit feststeht und in allen Antwort rückhaltlos anerkannt wird.

Generaloberst von Seeckt beantwortet die Frage, ob eine Beteiligung der Hitlerpartei an der Regierung wünschenswert sei, mit uneingeschränktem Ja. Seeckt sagt, sie sei mehr als das, sie sei notwendig. Er betont, daß er dieses Ja nicht im engen parteipolitischen und parlamentarischen Sinn verstanden wissen möchte. Einen notwendigen Bestandteil der Regierung der Zukunft müsse aber das sein, was in der nationalsozialistischen Bewegung den echten Kern bilde, nämlich das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles gertagen von einem jugendlichen, reformbestrebtren Auftrieb.

Dr. Schacht weist in seiner Antwort auf seine Münchener Rede hin, wo er am Schluß erklärte: „Wenn es unmöglich ist, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, dann ist es auch nicht möglich, gegen die ebenso starke extreme Rechte zu regieren, die am 14. September durchaus nicht für Hitlers Wirtschaftsprogramm gestimmt, sondern nur ihrem Lebenswillen Ausdruck gegeben und so dem Ausland hat bekunden wollen, daß sie nicht eine zugrundegehende Nation werden wollte.“

Der Professor der Universität Rostok Schüller sieht es als zweifelhaft an, ob schon jetzt eine Beteiligung der NSDAP an der Regierung wünschenswert wäre. Es sei zu befürchten, daß dadurch die Bewegung zu einer politischen Linie gezwungen werden könnte, die ihn notwendig ihre innere Zugkraft rauben würde. Es sei außerdem zu wünschen, daß der von der Bewegung ausgehende Druck sich auch noch bei den nächsten Wahlen verstärke. Denn ohne diesen Druck würde wahrscheinlich weder die Außenpolitik (aktive Revisionspolitik) in der wünschenswerten Stärke vorangetrieben, noch die innenpolitische Säuberungsaktion im notwendigen Ausmaß durchgeführt werden. Die nationalsozialistische Bewegung werde vielleicht eben als „Bewegung“, nicht als Partei ihre wichtigste Bedeutung entfalten.

Als letzter äußert sich Kammerherr von Oldenburg-Januschau. Er spricht die Meinung aus, daß nach seiner Uebersetzung die NSDAP das unstrittige Recht besitzt, an den Regierungsbildungen der Zukunft beteiligt zu werden. Es sei nicht einzusehen, weshalb dieses Recht der SPD gewährt, der NSDAP aber verweigert wird.

Asien 1930.

Von Dr. Friedrich Otte,

Professor an der Reichsuniversität Peking.

Ende Oktober soll Rabindranath Tagore in Newyork, dem „Zentrum der Welt“, wo politische und andere Reklame sich lohnt, gesagt haben, auf der ganzen Erde mache sich ein Zustand der Revolution bemerkbar, weil irgendwo das Gleichgewicht gestört sei. So ganz neu ist diese Erkenntnis nun allerdings nicht, aber man freut sich doch, aus so weisem Munde bestätigt zu bekommen, was jeder bereits weiß. Dann meinte er noch, durch weitere Schulerziehung dem Uebel abzuhelfen. Da wird schon mancher stutzen, wenn man auch zugeben muß, daß zur Zeit das Gleichgewicht in den Köpfen, auch den asiatischen, bedenklich gestört ist. Um die gleiche Zeit besprach Calvin Coolidge, der Vorgänger des jetzigen Präsidenten der U.S.A. die überall fühlbaren Uebelstände und meinte, das Chaos in China, Indien und Rußland habe beträchtlichen Anteil an der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, also anscheinend nicht so sehr des geistigen, wie Tagore glaubt. Wir Deutschen vermessen in beiden Fällen den Hinweis auf Versailles, mit der Grundströmung einer starken Störung des sittlichen Gleichgewichts und eine Ueberhandnahme der Gier und Raffsucht in den Siegerstaaten. Darauf wies, ebenfalls in Newyork, Ende November der frühere Reichspräsident Schach hin, als er eindringlich davor warnte, auch die chronische Störung der asiatischen Verhältnisse als Folge gebrochener Versprechen zurück.

Asien hat 1930 vollen Anteil an der Weltdepression gehabt. Die Auflehnung gegen Großbritannien und Frankreich, die einzigen kolonialen Großmächte großen Stils, hat sich verstärkt; die Kolonien selbst und die ausgeschlossene übrige Welt wehren sich heute gegen die nahezu parasitische Monopolstellung von zwei bevorrechtigten Staaten. Beide Mächte mußten 1930 unter dem Druck der öffentlichen Weltmeinung und des eigenen Willens der beherrschten Völker weiter Schritt für Schritt zurückweichen.

Chinas Zollautonomie wurde durch den Beitritt Japans zu dem neuen Vertragssystem engültig anerkannt; die Fessel von 1842 ist zerrissen. Die endgültige Beseitigung der Konsulargerichtsbarkeit wird auch in Amerika als bevorstehend angesehen. Weihaioei, das Pachtgebiet in Nordschantung, das England um die gleiche Zeit besetzt hatte wie Deutschland Kiautschou (1897), wurde im Oktober an China zurückgegeben, aber nicht so gutwillig, wie es von London auch jetzt hingestellt wird. Die konservativere Regierung hätte es nämlich schon kurz nach 1922 zurückgeben sollen; auch die Fremdenniederlassung in Amoy erlangte China von England zurück. Alles dies, obgleich von April bis Oktober der furchtbare Bruderkampf seit 1912 Chinas Tatkräft noch außen hin schwächte und obgleich die Zustände im Yangtsegebiet chaotisch waren. Die Nationalregierung hat dort im Oktober einen glänzenden Sieg über den Norden erfochten, wozu man sie beglückwünschen kann. Das Land braucht endlich einmal Ruhe. Die wirtschaftliche Lage war beängstigend schlecht, schon allein, weil China 1930 der einzige Staat geworden ist, in dem noch Silberwährung besteht.

In Japan hatte die industrielle Krise kurz nach dem Börsenkrach in Newyork im Herbst 1929 eingesetzt; die Absatzerschwerung in den Vereinigten Staaten, von denen Japans Rohseidenausfuhr zu 90 Prozent abhängt, und in Asien, wo es seine Industrieerzeugnisse im Wettbewerb mit europäischen und amerikanischen unterbringen muß, der Sturz der Rohseidepreise, die viel bekämpfte Sparpolitik der Regierung Hamaguchi (seit 1929) drückten auf die Wirtschaft; erst im Herbst 1930 deutete sich eine leichte Besserung an. Der Beitritt Japans zum Londoner Fottenabkommen am 5. Oktober wurde in nationalen Kreisen vielfach als außenpolitische Schlappe empfunden. Die japanischen Kolonien Korea und Formosa sind von Unruhen

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 50.75 Piaster.